

Oelscher Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.
Preis vierteljährlich 60 Pf.,
durch die Post bezogen 75 Pf.
Inserate werden bis Donnerstag Mittag
in der Expedition angenommen.



Preis für die 3 gespaltene Zeile 10 Pf.
für außerhalb des Landgerichtsbezirks Oels
Wohnende 15 Pf.

Besteht die Aufnahme eines Inserats
den Druck einer Beilage, so erhöhen, sich
die Kosten desselben um 3 Mark.

Redakteur: Hermann Kappner.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Oels.

Nr. 45.

Oels, den 10. November 1911.

49. Jahrg.

Öffentlicher Theil.

A. Bekanntmachungen des Königlich Landraths.

Nr. 642. Oels, den 8. November 1911.

Betrifft Reichstagswahlen.

Der Herr Minister des Innern hat die sofortige Vornahme der Vorarbeiten zur Wahl des neuen Reichstages angeordnet.

Demzufolge veranlasse ich die Ortsbehörden (Magistrate, Gemeindevorstände und die Herren Gutsvorsteher), die Wählerlisten, zu denen die Formulare baldigt werden übersandt werden, sofort aufzustellen. Die Listen müssen bis zum 28. d. Mts. zur Auslegung fertiggestellt sein. Ich erwarte die genaue innehaltung dieses Termins. Sollte sich die Fertigstellung der Listen bis zum 28. d. Mts. aus besonderen Gründen nicht ermöglichen lassen, so ist mir bald Bericht zu erstatten. Wegen der Auslegung der Listen ergeht noch besondere Verfügung.

Indem ich bemerke, daß in nächster Zeit den Magistraten zur Vertheilung an die Herren Wahlvorsteher in den Städten, sowie den Herren Wahlvorstehern der ländlichen Bezirke eine entsprechende Anzahl von Exemplaren des Wahlgesetzes nebst Reglements und Beilagen zugehen wird, theile ich den Ortsbehörden zur genauesten Beachtung bei Aufstellung der Wählerlisten nachfolgend einstweilen die hierbei maßgebenden Bestimmungen des Gesetzes und Reglements mit:

Bestimmungen aus dem Gesetz.

§ 1. Wähler für den Reichstag des Norddeutschen Bundes ist jeder Norddeutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

§ 2. Für Personen des Soldatenstandes des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen solange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.

§ 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen;
2. Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallit-Verfahrens;
3. Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeinemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben;

4. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

§ 4. Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Bundesgebiete jeder Norddeutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und einem zum Bunde gehörigen Staate seit mindestens einem Jahre angehört hat, sofern er nicht durch die Bestimmungen in dem § 3 von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen ist.

§ 7. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben, oder im Falle eine Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, in einem derselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben.

Jeder darf nur an einem Orte wählen.

§ 8. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden.

Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht anzulegen, und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einspruchsfrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Bei einzelnen Neuwahlen, welche innerhalb eines Jahres nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, bedarf es einer neuen Aufstellung und Auslegung der Wahlliste nicht.

§ 9. Die Wahlhandlung, sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

Die Funktion der Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Wahlbezirken und der

Beisitzer bei der Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen ist ein unentgeltliches Ehrenamt und kann nur von Personen ausgeübt werden, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

§ 10. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzuliegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§ 11. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege derervielfältigung zu versehen.

§ 12. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Bestimmungen aus dem Reglement.

§ 1. Für jede Gemeinde, (Ortskommune, selbstständigen Gutsbezirk u. f. w.) ist gemäß § 8 des Gesetzes von dem Gemeindevorstande (Ortsvorstande, Inhaber eines selbstständigen Gutsbezirks, Magistrate u. f. w.) die **Wählerliste doppelt aufzustellen**. In derselben sind alle nach den §§ 1, 3 und 7 des Gesetzes Wahlberechtigten in **alphabetischer Ordnung** zu verzeichnen. Jedoch dürfen in den Städten die Wählerlisten auch in der Art angefertigt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb derselben die Häuser nach ihrer Nummer und nur innerhalb jedes Hauses die Wähler alphabetisch geordnet werden.

In Gemeinden, die zum Zwecke des Stimmabgebens in mehrere Bezirke getheilt sind, (§ 7 des Reglements), erfolgt die Aufstellung der Wählerlisten nach den einzelnen Bezirken.

Die dem Beurlaubtenstande angehörigen Militärpersonen (§§ 12, 13 Nr. 4 Absatz 2, § 15 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867 — Bundesgesetzbl. S. 131 —) werden in die Wählerlisten eingetragen.

§ 2. Die Wählerliste ist zu Jedermanns Einsicht mindestens acht Tage lang auszulegen.

Der Tag, an welchem die Auslegung beginnt, ist nach Maßgabe des § 8 des Gesetzes von der zuständigen Behörde festzusetzen und von dem Gemeindevorstande unter Hinweisung auf § 3 des Reglements, sowie unter Angabe des Lokals, in welchem die Auslegung stattfindet, noch vor dem Antrage der letzteren in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Die Wählerliste ist von dem Gemeindevorstande mit einer Bescheinigung darüber zu versehen, daß und wie lange die Auslegung geschehen, sowie daß die vorstehend und im § 2 des Reglements vorgeschriebenen ortsüblichen Bekanntmachungen erfolgt sind.

§ 3. Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb acht Tagen nach dem Beginn der gemäß § 2 des Reglements bekannt gemachten Auslegung derselben bei dem Gemeindevorstande oder dem von demselben dazu ernannten Kommissar oder der dazu niedergesetzten Kommission schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben

und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen.

Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Erinnerung sofort für begründet erachtet wird, durch die zuständige Behörde.

Sie muß längstens innerhalb drei Wochen, vom Beginne der Auslegung der Wählerliste an gerechnet, erfolgen und durch Vermittelung des Gemeindevorstandes den Beteiligten bekannt gemacht sein.

§ 4. Im Falle einer Berichtigung der Wählerliste sind die Gründe der Streichungen und Nachtragungen am Rande der Liste unter Angabe des Datums kurz zu vermerken. Die etwaigen Belagstücke sind dem Hauptexemplar der Wählerliste beizufügen.

Beide gleichmäßig berichtigte Exemplare der Wählerliste sind am 22. Tage nach dem Beginne der Auslegung unter der Unterschrift des Gemeindevorstandes abzuschließen, das zweite Exemplar unter Hinzufügung der amtlichen Bescheinigung völliger Uebereinstimmung mit dem Hauptexemplar.

Nachdem auf diese Weise die Wählerliste abgeschlossen worden ist, ist jede spätere Aufnahme von Wählern in dieselbe untersagt.

§ 5. Das Hauptexemplar der Wählerliste nebst den Belagstücken hat der Gemeindevorstand sorgfältig aufzubewahren, das zweite Exemplar dagegen dem Wahlvorsteher behufs Benützung bei der Wahl zuzustellen.

Die Wählerlisten für diejenigen Wahlbezirke, welche aus mehr als einer Gemeinde bestehen (§ 7 des Reglements), bilden die Wahlvorsteher durch Zusammenheften der ihnen zugehenden Wählerlisten der einzelnen zu dem Bezirke gehörigen Gemeinden.

§ 6. Die Wahlbezirke zum Zwecke des Stimmabgebens (§ 6 des Gesetzes) werden von den zuständigen Behörden abgegrenzt.

Ich bemerke:

1. zu § 7 des Gesetzes: Wohnsitz ist hier gleichlautend mit Aufenthalt, d. h. jedoch ein Aufenthalt im Gegensatz zu dem bloß vorübergehenden von Fremden und Reisenden.
2. zu § 1 des Reglements: die Wähler sind in alphabetischer Ordnung in die Wählerliste einzutragen. Jeder, der bis zum **Wahltag** (voraussichtlich der 12. Januar 1912) das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, hat Anspruch darauf, in die Wählerliste aufgenommen zu werden.
3. Jede Wählerliste ist in 2 Exemplaren anzufertigen, von welchen das eine als Hauptexemplar, das andere als Duplikat zu bezeichnen ist.
4. In den Städten Dels, Bernstadt, Hundsfeld und Juliusburg werden durch die Magistrate die besonderen Wahlbezirke festgestellt, die Wahlvorsteher und deren Stellvertreter ernannt, sowie die Wahllokale bestimmt.

Bezüglich der Ernennung der Wahlvorsteher und Stellvertreter durch die Magistrate bemerke ich, daß Kommunalbeamte, welche, wenn auch nur nebenamtlich, ein unmittelbares Staatsamt bekleiden, nicht mit den Funktionen eines Wahlvorstehers, Beisitzers oder Protokollführers zu betrauen sind und daß auch hinsichtlich der nach § 64 des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgeetze vom 12. April 1878 zur Uebnahme des Geschäfts eines Amtsanwalts verpflichteten Vorsteher von Gemeindeverwaltungen hierbei keine Ausnahme zu machen ist.

Der Stadt Hundsfehd wird der Gutsbezirk Hundsfehd und der Stadt Dels der Gutsbezirk Schloß Dels zugeschlagen.

Für das platte Land werde ich die Wahlbezirke, Wahlorte und Wahlvorsteher und deren Stellvertreter noch bekannt geben.

Nr. 643. Dels, den 9. November 1911.

Durch Gutachten des beamteten Thierarztes ist die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen des Gasthausbesizers Vänisch in Patzschey, des Stellenbesizers Joseph Stehr in Klein-Peterwitz, des Pfarrers Raschubel in Sadewitz, des Freistellenbesizers Gustav Kleinert in der zur Gemeinde Domatschine gehörigen Kolonie Klein-Bruschewitz und des Dominiums Raufe festgestellt worden.

Ferner ist die Seuche ausgebrochen in folgenden bereits verseuchten Ortschaften in den Gehöften des:

Bauergutsbesizers August Werner in Ulbersdorf,
Freigärtners Karl Hoffmann in Wielguth,
Stellenbesizers Bernhard Linke in Klein-Dels,
Bauergutsbesizers Alois Liehr " "

Lober in Gutwohne, " "
Stellenbesizers Robert Stein in " "

" Richard Verchel in "Wabnitz," "

" Robert Zeiske " " "

" Gottlieb Scholz " " "

Bauergutsbesizer Robert Späthe " " "

" Gustav Neumann in "Wabnitz," "

" Robert Günther " " "

" Paul Langner in "Korschlitz," "

Sperbezirke: Die Seuchengehöfte.

Beobachtungsgebiete: Der übrige Teil der Ortschaften Patzschey, Klein-Peterwitz, Sadewitz und der Kolonie Klein-Bruschewitz.

Für die Sperbezirke bzw. für die Beobachtungsgebiete gelten die in meiner Kreisblattverfügung vom 30. August 1911 — Seite 164/165 — abgedruckten Sperrmaßregeln. Sie werden aufgehoben werden, sobald die Gefahr der Weiterverbreitung der Seuche beseitigt ist.

Nach dem Erlöschen der Maul- und Klauenseuche ist seit dem 4. d. Mts. die über die Gemeinde Langewiese, seit dem 6. d. Mts. die über die Gemeinde Groß-Ellguth und das Dominium Peufe, seit dem 7. d. Mts. die über die Gemeinden Klein-Ellguth, Schleibitz und Ober-Mühlwitz verhängte Sperre aufgehoben worden.

Dem Beobachtungsgebiet sind nach dem Erlöschen der Seuche zugeteilt worden: Seit dem 4. d. Mts. die Gehöfte des Robert Christalle, Hermann Barke, Hermann Venke, Paul Deutsch und der Witwe Aldermann in Korschlitz, seit dem 7. d. Mts. das Gehöft des Stellenpächters Figner in Dörndorf, seit dem 8. d. Mts. die Gehöfte des Freistellenbesizers Herrmann Weiß in Korschlitz und des Stellenbesizers Erdmann Steinchen in Wielguth.

Der Königliche Landrath.

Grzaf Koszoth.

Nr. 644. Dels, den 9. November 1911.

Die Maul- und Klauenseuche ist in den Gemeinden Cojentschin, Fürstlich-Nieffen, Wilgy, in der zu Tscheschen gehörigen Kolonie Tscheschener Brettmühle, auf dem zum Gutsbezirk Dalbersdorf gehörigen Vorwerk Neugut und auf dem Dominium Neu-Stradam, Kreis Groß-Wartenberg, in Pascherwitz und Striese, Kreis Trebnitz sowie in Kaulwitz, Kreis Namslau festgestellt worden, dagegen in den Gemeinden Gohle und Trembatschau, in der zu Euschen ge-

hörigen Kolonie Alt-Surmin, in dem Guts- und Gemeindebezirk Nassadel, Kreis Groß-Wartenberg in Güntherwitz, Kreis Trebnitz erloschen.

Nr. 645.

Dels, den 8. November 1911.

Donnerstag, den 16. d. Mts. wird durch einen Beamten des Königlichen Proviantamts in Bernstadt (Kasernhof) Stroh angekauft.

Nr. 646.

Dels, den 31. Oktober 1911.

Betrifft Stempelsteuer.

Für die Besteuerung der Genehmigung von Lustbarkeiten sowie der Verlängerung der Polizeistunde haben die Tarifstellen 39 und 51 des Stempelsteuergesetzes vom 26. Juni 1909 Anwendung zu finden, welche lauten:

Nr. 39. Lustbarkeiten, Genehmigung der Ortspolizeibehörden

a) zum Betriebe eines Zirkus, eines nicht mit menschlicher oder tierischer Kraft bewegten Karussells oder eines Kinematographen und dergleichen . . . 10 Mark,

b) zur Veranstaltung von Musikaufführungen, Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten aller Art . . . 5 "

Bzüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer macht es keinen Unterschied, ob die Lustbarkeiten von einzelnen Personen oder von öffentlichen, Privat- oder geschlossenen Gesellschaften dargeboten werden.

Bei Lustbarkeiten geringfügiger Art kann der Stempel auf 3, 2, 1 Mark oder in ganz besonderen Fällen bis auf 0,50 Mark ermäßigt werden.

Nr. 51. Polizeistunde, Genehmigungen der Verlängerung der Polizeistunde für einzelne Wirtschaften und öffentliche Vergnügungsorte . . . 25,00 Mark
Genehmigungen auf die Dauer von weniger als eine Woche . . . 1,50

Hierzu sind folgende Ausführungsbestimmungen erlassen worden:

Zu 39. Die Besteuerung der ortspolizeilichen Genehmigungen von Lustbarkeiten erfolgt durch Verwendung der in der Nr. 2, Absatz 5 zu c dieser Best. aufgeführten gestempelten Vordrucke; diese Vordrucke werden von den Hauptzoll- und Zollämtern und Stempelvertheilern nicht nur an Behörden sondern auch an Privatpersonen verkauft.

Die Ertheilung der Genehmigung in irgend einer anderen Form namentlich in nicht schriftlicher Form, oder durch Eintragung in sog. Kontrollbücher, oder durch Genehmigungen auf Schriftstücken, zu denen Stempelmarken entwertet sind, ist unzulässig.

Die Anwendung der Steuersätze von 10 Mark (Abj. 1 a der Tarifstelle) und von 5 Mark (Abj. 1 b der Tarifstelle) bildet die Regel; diese Sätze sind gewöhnlich gerechtfertigt, wenn größere Lustbarkeiten nicht von Einzelunternehmern, sondern von Personenmehrheiten (Gesellschaften, Vereinen usw.) veranstaltet werden. Die geringeren Sätze von 3 M., 2 M., 1 M. und 0,50 M. können nur ausnahmsweise und wenn besondere Gründe zu einer Ermäßigung vorliegen, zugelassen werden. Die ermäßigten Sätze werden hauptsächlich nur dann angewendet werden dürfen, wenn bei gewerbemäßigen Veranstaltungen von Lustbarkeiten der zu erwartende Geschäftsgewinn für den Unternehmer voraussichtlich nur ein geringfügiger sein wird oder wenn angenommen werden kann, daß an der Lustbarkeit nur eine beschränkte Personenzahl theilnehmen wird und die Theil-

nehmer den weniger leistungsfähigen Volksklassen angehören. Unter diesen Voraussetzungen sind auch bei Tanzlustbarkeiten die geringeren Steuersätze zulässig. Für die Abstufung der Steuer bei diesen Lustbarkeiten kann unter Umständen die Unterscheidung von Bedeutung sein, ob es sich nur um eine zur vorübergehenden Belustigung der Teilnehmer dienende Gelegenheitsanzustaltbarkeit oder um eine eigentliche Tanzlustbarkeit handelt, zu der die Teilnehmer zum Zwecke des Tanzens eigens zusammentreten. Andere Umstände, z. B. der Zweck der Veranstaltung, ob die Lustbarkeit in der Stadt oder auf dem platten Lande stattfindet, bei Tanzlustbarkeiten die Größe des Tanzlokals, die Anzahl der zum Tanz aufspielenden Musiker, die Dauer der Tanzbelustigung (ob bis 12 Uhr nachts und darüber) werden für die Bemessung des Steuerbetrags in der Regel eine ausreichende Grundlage kaum abgeben können. Für Genehmigungen zum Betriebe eines Zirkus (Abs. 1a der Tariffstelle) darf, wenn es sich um eine geringfügige Darbietung handelt, ein ermäßigter Satz von 3 M. zur Anwendung kommen (vergl. Nr. 9, Absatz 5c, Ziffer 1 dieser Best.). Ist mit der Genehmigung einer Lustbarkeit bis zu einer die Polizeistunde überschreitenden Zeit gleichzeitig eine Verlängerung der Polizeistunde verbunden, so ist nur der Stempel der Tariffstelle 39, aber im Mindestbetrage von 1,50 M. zu verwenden; der Stempel der Tariffstelle 51 kommt daneben nicht zur Erhebung. Im übrigen lassen sich mit Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Lustbarkeiten und die Verschiedenartigkeit der in Betracht kommenden örtlichen und sonstigen Verhältnisse erschöpfende Merkmale, nach denen die ermäßigten Sätze einzutreten haben, nicht geben; die Bestimmung des Steuerbetrags ist vielmehr von der Prüfung aller im Einzelfalle für die steuerliche Beurteilung maßgebenden Umstände, und namentlich der wirtschaftlichen und sonstigen Bedeutung der einzelnen Unternehmung abhängig zu machen. Die Gründe, die für die Zulassung ermäßigter Steuersätze bestimmend gewesen sind, müssen nicht nur auf den Genehmigungen, die zu diesem Zweck mit einem entsprechenden Vordruck versehen sind, sondern auch in den Akten an gehöriger Stelle oder, wenn Kontrolllisten geführt werden, in diesen vermerkt werden. Hinsichtlich der Ermäßigungen steht den Zollbehörden das Recht der Nachprüfung und unter Umständen der anderweiten Festsetzung zu.

Als Regel ist festzuhalten, daß jede einzelne Lustbarkeit auch einer besonderen Genehmigung bedarf. Es ist deshalb im allgemeinen nicht zulässig, für gewisse in regelmäßiger Folge wiederkehrende Lustbarkeiten, namentlich für Tanzbelustigungen, die Genehmigung für einen längeren Zeitraum im voraus, z. B. für sämtliche Sonntage eines Monats, durch eine Genehmigung zu erteilen. Nur wenn von demselben Unternehmer an demselben Ort an aufeinanderfolgenden Tagen aus bestimmten Anlässen Lustbarkeiten während längerer Zeiträume dargeboten werden, ist es statthaft, zu solchen Veranstaltungen nur eine Genehmigung zu erteilen, und zwar auch dann, wenn während des Zeitraums, für den die Genehmigung gewährt ist, an dem einen oder dem anderen Tage Unterbrechungen eintreten. Einheitliche Genehmigungen dürfen hiernach erteilt werden zu Lustbarkeiten für die ganze Dauer eines Jahrmarktes oder Schützenfestes zu einer mehrtägigen Kirmes, zu Konzerten, Theateraufführungen usw., für die Dauer einer Badeaison, zu Promenadenkonzerten, die von Ortsvereinen für einen längeren Zeitraum veranstaltet werden, zu Theater- und Schauführungen, die von Theater- und Künstlergesellschaften in kleineren Städten für kürzere Zeit veranstaltet werden u. a. Auch kann zuverlässigen Wirthen für die

Dauer eines Monats eine einheitliche Genehmigung zur Veranstaltung solcher Tanzlustbarkeiten widerruflich erteilt werden, bei denen nicht mehr als zwei Personen, z. B. ein Klavier- und ein Violinspieler, die Tanzmusik ausführen, vorausgesetzt, daß der geringen Zahl der Musiker entsprechend auch die Lustbarkeiten selbst mit zu den geringfügigeren zu rechnen sind. Wo hiernach einheitliche Genehmigungen für längere Zeiträume ausnahmsweise gewährt werden dürfen, wird fast immer die Erhebung des Höchstbetrags gerechtfertigt sein. Dasselbe wird gelten müssen, wenn derselbe Unternehmer mit einer Tanzlustbarkeit noch andere Belustigungen verbindet, z. B. Tanzlustbarkeiten in Sommerlokalen mit Preisschießen, Preiskegeln, Blumentombola, Karussellbelustigungen usw. Auch in solchen Fällen ist eine Genehmigung und eine einmalige Stempelverwendung statthaft; jedoch wird regelmäßig der Höchstbetrag zu erheben sein.

Der Stempel der Tariffstelle ist nicht zu entrichten, wenn die Veranstalter der Lustbarkeiten zu den steuerfreien Personen im Sinne des § 5 Absatz 1 des Gesetzes gehören, z. B., wenn einem Truppentheil die Genehmigung zur Abhaltung einer militärischen Festlichkeit oder einer öffentlichen Schule die Genehmigung zur Veranstaltung einer Schulfestlichkeit erteilt wird. Genehmigungen für Privatschulen sind stempelspflichtig.

Zu 51. Genehmigungen der Verlängerung der Polizeistunde sind stets schriftlich und unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zu erteilen; ob die Genehmigungen zeitlich zu begrenzen sind, bleibt dem Eressen der Behörden überlassen. Die Verteuerung der Genehmigungen erfolgt durch Verwendung von Stempelmarken. Der Betrag des verwendeten Stempels ist in den Akten zu vermerken.

Nr. 647.

Dels, den 7. November 1911.

Aus Anlaß eines besonderen Falles mache ich die Arbeitgeber von ausländischen Saisonarbeitern darauf aufmerksam, daß sie verpflichtet sind, die Ausländer zum örtlichen Melderegister an- und beim Abzuge wieder abzumelden.

Nr. 648.

Dels, den 9. November 1911.

Der Fleischer Adolf Wanke in Groß-Graben beabsichtigt auf seinem Grundstück Groß-Graben Nr. 118 ein Schlachthaus zu errichten.

Gemäß § 17 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich (R.-G.-Bl. von 1900 S. 871 ff.) bringe ich dieses Vorhaben mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß Einwendungen innerhalb 14 Tagen schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll bei mir anzubringen sind. Nach Ablauf obiger Frist sind Einwendungen nicht mehr zulässig.

Beschreibung und Zeichnung der Anlage liegen in meinem Amtszimmer zur Einsicht offen aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen habe ich einen Termin auf

Montag, den 27. November 1911,

Vormittags 10 Uhr

in meinem Amtszimmer hieselbst anberaunt, wozu ich den Unternehmer und die Widersprechenden mit dem Bemerken hierdurch vorlade, daß im Falle des Ausbleibens gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden wird.

Der Vorsitzende des Preisausschusses.

Beilage zu Nr. 45 des Oelzer Kreisblattes.

Nr. 649.

Breslau, den 25. Oktober 1911.

Polizeiverordnung.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird unter Zustimmung des Provinzialraths für den Umfang der Provinz Schlesien folgendes verordnet

Einziger Paragraph.

In der Polizeiverordnung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Dampfmaschinen vom 15. November 1907 werden im § 11, Absatz IV die Worte:

(§ 7 "Absatz III") gestrichen.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

S. B.: Tibid.

Breslau, den 30. Oktober 1911.

Die Polizeiverordnung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Dampfmaschinen vom 15. November 1907 ist in Stück 49 des Amtsblattes für 1907 veröffentlicht.

Der Regierungs-Präsident.

S. B. Angerer.

Oels, den 7. November 1911.

Vorstehende Polizeiverordnung nebst Zusatzbekanntmachung bringe ich hiermit zur Kenntniß der Ortspolizeibehörden.

Nr. 650.

Schmoltschütz, den 25. August 1911.

Statut

für den Spritzenverband Allerheiligen, bestehend aus den Ortschaften Allerheiligen, Schmoltschütz, Grüttenberg, Wiesegrade, Neuhoß b. W., Buselwitz und Jessel.

§ 1.

Die Guts- und Gemeindebezirke Allerheiligen, Schmoltschütz, Grüttenberg, Wiesegrade, Neuhoß b. W., Buselwitz und Jessel bilden einen Spritzenverband mit dem Sitz der Verwaltung in Allerheiligen.

§ 2.

Die Vertretung des Spritzenverbandes besteht aus den Gemeinde- und Gutsvorstehern der beteiligten Ortschaften.

§ 3.

Das Stimmenverhältnis der Verbandsvertreter regelt sich nach der folgenden von der Versammlung angenommenen Steuerskala:

Grund- und Gebäudesteuer, nach welcher jeder Vertreter mindestens eine Stimme zu führen hat:

1 Mark bis zu	50 Mark	= 1 Stimme,
51	" " " 100	" " 2
101	" " " 200	" " 3
201	" " " 400	" " 4
401	" " " 1000	" " 5
über 1000	" " "	6

§ 4.

Die Vertreter des Spritzenverbandes wählen einen Vorsitzenden.

§ 5.

Alle Geschäfte der Vertreter des Spritzenverbandes werden im Ehrenamte verwaltet, und die Vertreter erhalten keinerlei Entschädigung. Die Vertretung des Spritzenverbandes versammelt sich beim Vorsitzenden, so oft sie von

dem Vorsitzenden berufen wird. Der Vorsitzende ist zur Berufung verpflichtet, wenn mindestens die Hälfte der Vertreter es verlangt. Die Vertretung beschließt nach Stimmmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

§ 6.

Der Vertretung des Spritzenverbandes stehen in Beziehung auf die Verwaltung derselben die Rechte einer Gemeindeversammlung, dem Vorsitzenden die Rechte des Gemeindevorstehers zu. Der Vorsitzende bringt die Beschlüsse der Vertretung zur Ausführung und führt unter seiner Unterschrift die laufenden Korrespondenzen. Er vertritt den Verband nach außen.

Zu Urkunden, durch welche der Verband rechtliche Verpflichtungen übernehmen soll, ist die Mitunterschrift von zwei Mitgliedern der Vertretung des Verbandes noch erforderlich.

§ 7.

Die Vertretung des Spritzenverbandes hat alle Obliegenheiten zu erfüllen, welche nach der Polizeiverordnung betreffend die Regelung des Feuerlöschwesens für das platte Land der Provinz Schlesien vom 26. März 1887 anderenfalls den Guts- und Gemeindevorstehern obliegen würden; namentlich hat die Vertretung für die Beschaffung und Unterhaltung der für den Verband erforderlichen Löschgerätschaften zu sorgen, über die Verwendung der zur Feuerlöschhilfe Verpflichteten Bestimmung zu treffen und die Gestellung der bei ausgebrochenem Feuer erforderlichen Gespanne anzuordnen.

Dafür wird festgestellt:

Der Besitzer vom Rittergut Allerheiligen fährt die Spritze, die Besitzer der anderen Rittergüter des Verbandes je einen Wasservagen, die Bedienungsmannschaften, je (4) vier zu jedem Wagen und der Spritze stellen die entsprechenden Gemeinden, doch sollen in Allerheiligen die beiden dem Besitzer des Dominiums gehörigen Bauerngüter nicht zu Handdiensten herangezogen werden.

Von den vier Mann der Bedienungsmannschaften der vier Wasservagen tritt am Plage des Feuers je einer zur Bedienung der Spritze über, so daß der Spritzenmeister acht Mann zur Verfügung hat.

§ 8.

Die Kosten des Spritzenverbandes werden auf die Gutsbezirke und die Gemeinden nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuer verteilt und an die Kasse des Verbandes gezahlt; der hiernach sich ergebende Anteil der Gemeinde wird ebenso aufgebracht wie alle übrigen Gemeindebedürfnisse.

§ 9.

Ueber die Führung der Verbandskasse und die Anstellung eines Kendanten beschließt die Vertretung des Verbandes.

§ 10.

Reicht ein Guts- oder Gemeindebezirk mit dem auf diesen Bezirk geschriebenen Betrage im Rest, so ist dem Herrn Königlichen Landrath hiervon Mitteilung zu machen, welcher die zwangsweise Beirbeitung herbeiführen wird.

§ 11.

Die Aufsicht über die Spritze und die zum Gebrauch derselben erforderlichen Gerätschaften führt der Amtsvorsteher des Bezirks.

§ 12.
Die Bestätigung dieses Statutes erfolgt gemäß § 139 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 durch den Kreisaußschuß.

§ 13.
Änderungen des Statutes können vorbehaltlich der Bestätigung des Kreisaußschusses nur vorgenommen werden, wenn mindestens zwei Drittel der Vertreter ihre Zustimmung erteilen.

Die Vertreter des Spritzenverbandes Allerheiligen.

Der Gutsvorsteher zu Allerheiligen.	gez. Dr. Krüger.
" Gemeindevorsteher zu	" Anders.
" Gutsvorsteher zu Neuhof b. W.	" Wogler.
" Gemeindevorsteher zu Neuhof b. W.	" Ritter.
" Gutsvorsteher zu Wiefegrade	" Ackermann.
" Gemeindevorsteher zu Wiefegrade	" Ackermann.
" Gutsvorsteher zu Buselwitz	" F. W. Labrenz.

Der Königliche Landrath. Graf Kospoth.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Lebensversicherung und Landwirthschaft.

Von der Provinzialverwaltung der Provinz Schlesien und der Generallandschaftsdirektion in Breslau ist eine für jeden Landwirth äußerst wichtige Einrichtung geschaffen worden: „Die Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt“, die durch allerhöchste Kabinettsorder vom 23. Oktober 1911 landesherrlich genehmigt worden ist.

Was will diese Provinzial-Lebensversicherungsanstalt? Sie will erstens der Provinz Schlesien und insbesondere ihrer landwirthschaftlichen Bevölkerung dadurch nützen, daß sie alle ihre Kapitalien innerhalb der Provinz anlegt. Die privaten Versicherungsgesellschaften, die alljährlich große Beträge an Prämien aus der Provinz beziehen, tragen diese nach dem Wessen der Monarchie, insbesondere nach Groß-Berlin, welches, wie sich das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung einmal ausgedrückt hat, zum großen Theile von dem Gelde der Prämienzahler erbaute ist. Erst nach einem Menschenalter fließen diese Kapitalien in die Provinz zurück, wenn die Versicherungssummen fällig werden.

Dieser Kapitalabwanderung auf so lange Zeit will die Anstalt entgegenarbeiten. Die ihr zufließenden Prämien bleiben in Schlesien und helfen hier die Wohlfahrt des Landes zu fördern.

Zweitens wird die Anstalt den Pfandbriefschulden der Landschaft von großem Nutzen sein. Wenn jetzt ein Besitzer eines frühzeitigen Todes stirbt — kein Mensch weiß wie nahe er dem Tode ist —, so hat er mit seinen Tilgungsbeiträgen erst einen geringen Tilgungsfondsanteil erwerben können. Sein Erbe hat es schwer, die Geschwister herauszuzahlen;

Der Gemeindevorsteher zu Buselwitz	gez. Kunze.
" Gutsvorsteher zu Jessel	" von Schelha.
" Gemeindevorsteher zu Jessel	" Schwarz.
" Gutsvorsteher zu Grüttenberg	" Wilde.
" Gemeindevorsteher zu Grüttenberg	" Wabnig.
" Gutsvorsteher zu Schmoltzschütz.	" von Britzow.

Dels, den 24. Oktober 1911.

Vorstehendes Statut wird hiermit genehmigt.

Der Kreisaußschuß des Kreises Dels.

gez. F. W. Freiherr von Metternich, Graf Nord,
Kallmann, Vogel, Grünig.

Nr. 651.

Dels, den 7. November 1911.

Personalchronik.

Bestätigt: Der Baugutsbesitzer Paul Fiebig als zweiter Schöffe der Gemeinde Cunzendorf.

wie oft muß dann das von den Vätern ererbte Gut verkauft werden!

Nimmt er dagegen eine Versicherung bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, so werden seine Tilgungsfondsbeiträge (Amortisationsfondsbeiträge) von der Fürsorgelandschaft als Prämien verwendet und an die Anstalt abgeführt. Die Jahresleistungen erhöhen sich also nicht! Er zahlt zu Weihnachten und zu Johanni die gleiche Summe wie zuvor.

Trifft ihn nun frühzeitig der Tod, so steht seinem Erben sogleich die volle Versicherungssumme zur Verfügung. Er wird die Geschwister mühelos auszahlen können. Das Gut bleibt der Familie erhalten.

Oder der Besitzer schließt die Versicherung so ab, daß die Versicherungssumme, sagen wir, bei Erreichung des 50. Lebensjahres fällig wird (oder beim früheren Tode), so kann er sich mit der Versicherungssumme auf den Altenteil zurückziehen, ohne von seinem Nachfolger im Besitze des Gutes abhängig zu sein.

Der Abschluß einer Lebensversicherung bei der Schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt muß daher namentlich jedem Pfandbriefschuldner auf das dringendste empfohlen werden. Er bedeutet keine Mehrausgabe, wohl aber einen Akt weiser Fürsorge für die Zukunft.

Die Prämien der Anstalt sind möglichst billig; alle ihre Ueberschüsse gehören den Versicherten; sie sollen später als Dividende vertheilt werden.

Die Direktion der Schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in Breslau II, Gartenstraße 82, erteilt bereitwillig Auskunft.

Biehmarkt in Groß-Wartenberg

für Aulauenvieh (Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen)

am 14. November d. Js. verboten.

Pferde- und Krammarkt finden statt.

Groß-Wartenberg, den 3. November 1911.

Der Magistrat.

Gemeindeschreiber und Lehrer

werden zur Vertretung eines großen Unternehmens benötigt. Adresse wolle man unter B. G. 5578 an Rudolf Mosse, Breslau, einfinden.

Billige Stoffreste

für einzelne Knabenanzüge Männerhosen, Kostümröcke sowie reichhaltige Musterauswahl von Neuheiten in Herren- und Damenstoffen empfiehlt

Fr. Hoffmann, Rosengasse 3.

Rechnungsformulare

empf. A. Ludwigs Buchdruckerei.